

INHALT

7. Das Substanzrecht der Gemeinde an agrargemeinschaftlichen Grundstücken in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes

8. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2010
Verbraucherpreisindex für Dezember 2009 (vorläufiges Ergebnis)

7.

Das Substanzrecht der Gemeinde an agrargemeinschaftlichen Grundstücken in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten gibt im folgenden Beitrag drei grundsätzliche Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes zum Substanzrecht der Gemeinde an agrargemeinschaftlichen Grundstücken wieder. Der Tiroler Landtag hat es unternommen, im Gesetz vom 17. Dezember 2009, mit dem das Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 geändert wird, diese Rechtsprechung umzusetzen. In der nächsten Folge des Merkblattes für die Gemeinden Tirols wird auf die bis dahin im Landesgesetzblatt für Tirol kundgemachte Novelle näher einzugehen sein.

A.

Der Verfassungsgerichtshof hat sich bereits in seinem Erkenntnis vom 1. März 1982, Zahlen G 35/81, G 36/81, G 83/81, G 84/81, Slg. 9336, mit der Einbeziehung des Gemeindegutes in die Ordnung der Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken auseinandergesetzt und die Vernachlässigung des Substanzwertes des Gemeindegutes als gleichheitswidrig beanstandet

In seiner Begründung führte der Verfassungsgerichtshof aus:

Unter dem Gemeindegut (Ortschaftsgut, Fraktionsgut) ist jene Erscheinung zu verstehen, die in den früheren Gemeindeordnungen im Rahmen des Reichsgemeindegengesetzes 1862 und den nachfolgenden Gemeindegesetzen geregelt war. Das ergibt sich nicht nur aus dem durch die Gemeindeordnungen geprägten Ausdruck

„Gemeindegut“, sondern auch aus dem Hinweis auf die Bestimmungen der Gemeindeordnungen im Grundsatzgesetz. Demgemäß hat der VfGH bereits in den Erkenntnissen VfSlg. 4229/1962 und 5666/1968 klargestellt, dass unter Gemeindegut im Sinn des Flurverfassungsrechts jenes zu verstehen ist, dessen Rechtsgrundlage ausschließlich die Gemeindeordnungen waren.

Das Gemeindegut im Sinn der Gemeindeordnungen ist nicht nur formell der Gemeinde zugeordnet, sondern auch in materieller Hinsicht Eigentum der Gemeinde und nur insofern beschränkt, als es mit bestimmten öffentlich-rechtlichen Nutzungsrechten einiger oder aller Gemeindeglieder belastet ist, sodass die Substanz und also auch der Substanzwert und ein allfälliger Überschuss der Nutzungen der Gemeinde als solcher zugeordnet bleiben.

Die Ansicht, die Gemeinde fungiere in diesen Fällen gleichsam nur als Vertreter oder Treuhänder der Nutzungsberechtigten und diese – die Mitglieder der alten Realgemeinde oder die von ihnen gebildete Gemeinschaft – seien die wahren (materiellen) Eigentümer des Gemeindegutes, findet in der tatsächlichen Entwicklung des Gemeinderechts keine Stütze. Es ist einzuräumen, dass im Zuge der Überleitung des alten Gemeindegutes in die neue Gemeindeverfassung nach 1848 aus dem Eigentum der alten Realgemeinde häufig Eigentum der Nutzungsberechtigten entstanden ist (dieser Umstand wird in der Literatur immer wieder näher beschrieben

und belegt, vgl. vor allem Walter Schiff, Österreichs Agrarpolitik seit der Grundentlastung, 1898, 164 ff., Österreichisches Staatswörterbuch, 2. Auflage, I, 1905, 75 f., sowie Otto Bauer, Der Kampf um Wald und Weide, 1925, 113 ff.; aber auch Stephan v. Falser, Wald und Weide im tirolischen Grundbuch, 1. Auflage, 1896, 23 ff., und Eberhard W. Lang, Die Teilwaldrechte in Tirol, 1978, 78 ff.). Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Vorgänge den damals geltenden Vorschriften entsprochen haben. Was nämlich zum Gemeindegut im Sinn der nach dem Reichsgemeindegesezt 1862 erlassenen Gemeindeordnungen geworden ist, wurde damit – bei allem Vorbehalt überkommener Nutzungsrechte – wahres Eigentum der neuen (politischen) Gemeinde, die übrigens auch verschiedene Lasten übernommen hatte, von denen früher die Realgemeinde betroffen gewesen war. So sprach schon § 74 des Provisorischen Gemeindegesetzes 1849 ausdrücklich davon, dass „... das Gemeindevermögen und Gemeindegut Eigentum der Gemeinde als moralischer Person, und nicht der jeweiligen Gemeindeglieder ist, ...“, und die gleiche Konzeption liegt der Systematik und den einzelnen Regelungen der im Rahmen des Reichsgemeindegesezes erlassenen Gemeindeordnungen zugrunde (vgl. auch VfSlg. 1383/1931, 4229/1962 S 352 und 5666/1968 S 59).

Die gegenteilige Auffassung würde nicht nur unterstellen, dass die Gemeinde unter Umständen durch Generationen bloße (unentgeltliche) Verwalterin fremden Vermögens gewesen ist, sondern auch der ständigen Rechtsprechung des VfGH widersprechen, der stets die Maßgeblichkeit der Gemeindeorgane gegenüber der Selbstverwaltung der Nutzungsberechtigten hervorgehoben und die Verfügungsmacht der Gemeinde betont hat (Slg. Budw. 6762, 7302, 7608 und 8118) und noch in einem Erk. aus 1954 die Eingrenzung des Rechts am Gemeindegut auf den Kreis der Nutzungsberechtigten als den Versuch einer juristischen Konstruktion bezeichnet, die im Gesetz keinerlei Deckung finde (VwSlg. 3560 A/1954).

Der VfGH ist aber auch der Meinung, dass das Bild des Gemeindegutes, das den Bodenreformgesetzen zugrunde liegt, ein völlig anderes ist. Abzuleiten ist das Bild des Gemeindegutes, das sich der Bodenreformgesetzgeber gemacht hat, aus dem Zusammenhang der flurverfassungsrechtlichen Regelungen. Im Rahmen der Vorschriften über die Regulierung und Teilung sieht § 22 Abs. 1 FIV-GG vor, dass jeder Teilgenosse nach dem festgestellten Wert seines Anteiles an den agrargemeinschaftlichen Grundstücken Anspruch auf vollen Gegenwert tunlichst in Grund und Boden hat. Sodann bestimmt Abs. 2:

„Der Gemeinde steht neben dem ihr etwa nach Abs. 1 zustehenden Anspruch ein Anteilsrecht an dem agrargemeinschaftlichen Besitz auch dann zu, wenn sie in den öffentlichen Büchern als Eigentümerin dieses Besitzes eingetragen ist oder wenn die Gemeinde für diesen Besitz die Steuern aus ihren Mitteln trägt. Dieses Anteilsrecht gebührt der Gemeinde aber nur dann, wenn sie über eine ihr etwa nach Abs. 1 zustehende Berechtigung hinaus an der Benutzung teilgenommen hat, und wird mit einem Fünftel des Wertes des agrargemeinschaftlichen Besitzes bestimmt, insoweit nicht die Landesgesetzgebung eine höhere Anteilsberechtigung bis zur Höchstgrenze der tatsächlichen durchschnittlichen Benutzung durch die Gemeinde vorsieht.“

Bei der Regulierung hat nach § 23 FIV-GG jede Partei Anspruch auf die wirtschaftlich zulässigen Nutzungen nach Verhältnis des festgestellten Anteilsrechts. Hierbei gelten nach Abs. 3 für das Anteilsrecht der Gemeinde die Bestimmungen des § 22.

Wenn in diesen Bestimmungen die Rechtsstellung der Gemeinde hervorgehoben wird, müssen sie jedenfalls auch für das Gemeindegut gelten. Sie zeigen, dass die Bemessung der Anteile zum Zweck der Teilung auch hier in gleicher Weise erfolgt wie zum Zweck der Regulierung. Ein verfassungsrechtliches Hindernis, das dem Bodenreformgesetzgeber die Teilung des Gemeindegutes schlechthin untersagen würde, ist auch gar nicht erkennbar. Wird der auf die Gemeinde fallende Wertanteil ebenso in Grund und Boden abgegolten wie die Nutzungsrechte, so steht das Eigentum der Gemeinde einer Teilung ebensowenig entgegen wie sonst Privateigentum den bodenreformatorischen Maßnahmen. Art. 5 StGG lässt dem Gesetzgeber in dieser Hinsicht einen großen Spielraum rechtspolitischer Entscheidungsfreiheit.

Setzt man aber voraus, dass der Gesetzgeber schon im Hinblick auf die Teilungsmöglichkeit jeder Partei einen Anteil am Gemeindegut zugebilligt hat, die er – ohne Unterscheidung ihrer formalen Stellung – als materiell an der Liegenschaft beteiligt ansieht, so folgt aus den genannten Vorschriften zwingend, dass nach der Vorstellung des Bodenreformgesetzgebers der Gemeinde ein materieller Anteil am Gemeindegut eben nur dann zukommt, wenn sie auch an der (widmungsgemäßen) Nutzung teilgenommen hat. Was sich also äußerlich als Sondervorschrift für die Gemeinden (und daher insbesondere für das Gemeindegut) gibt, gewährleistet in Wahrheit, dass die Gemeinde nur mit ihren (widmungsmäßigen) Nutzungen zum Zuge kommt, nicht mit ihrem (alleinigen) Recht an der Substanz. Mit dieser Schlussfolgerung stimmt es dann vollkommen überein, wenn das Gemeindegut agrargemeinschaftlichen

Grundstücken einfach gleichgehalten wird (§ 15 Abs. 2 FlV-GG). Denn wo das Grundstück selbst den Nutzungsberechtigten (oder der von ihnen gebildeten Gemeinschaft) zusteht, bestimmen sich die Anteile erst recht in jeder Beziehung nach dem Verhältnis der Werte der jeweiligen Nutzungen. Demgegenüber ist an der Meinung festzuhalten, dass die Summe der widmungsmäßigen (land- oder forstwirtschaftlichen) Nutzungen keineswegs immer den Wert der Substanz ausschöpft, sondern unter Umständen sogar sehr erheblich hinter diesem Wert zurückbleibt, sodass bei Außerachtlassung des Unterschiedes der Gemeinde ein wesentlicher Vermögenswert verloren geht.

Das Flurverfassungsrecht knüpft also wohl formell an den Begriff des Gemeindegutes im Sinn der Gemeindeordnungen an, der das Eigentum der Gemeinde voraussetzt. Indem es aber das Gemeindegut ohne Berücksichtigung dieses Umstandes in die Ordnung der Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken einbezieht, die zwangsläufig auf das Verhältnis der Nutzungen abstellt, vernachlässigt es den der Gemeinde zugeordneten Substanzwert. Ob diese Abweichung von der Gestalt des Gemeindegutes nach den Regelungen des Gemeinderechts dem Bodenreformgesetzgeber bewusst war oder nicht, kann im vorliegenden Zusammenhang dahinstehen. Auch wenn nichts dafür spricht, dass die Beteiligungsverhältnisse am Gemeindegut – abgesehen von den Folgen einer allfälligen Teilung als solcher – durch agrarbehördliche Entscheidungen in größerem Maße geändert werden sollten, muss die Anwendung dieses Gesetzes doch zu Ergebnissen führen, die ganz andere Eigentumsverhältnisse unterstellen. Denn das vom Gesetzgeber ins Auge gefasste Ergebnis einer solchen Teilung ist nur erzielbar, wenn vom Eigentum der Gemeinde an der Substanz des Gemeindegutes ganz abgesehen wird.

Führt die Einbeziehung des Gemeindegutes in die Ordnung der Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken aber tendenziell dazu, dass die Gemeinde die Substanz des Gemeindegutes zur Gänze an die Nutzungsberechtigten verliert, so bewirkt sie eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung der Nutzungsberechtigten gegenüber der (auch) die übrigen Gemeindeangehörigen repräsentierenden Gemeinde.

§ 15 Abs. 2 lit. d FlV-GG und § 33 Abs. 2 lit. c Flurverfassungslandesgesetz 1978 wurden als gleichheitswidrig aufgehoben

B.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 11. Juni 2008, Zahl B 464/07, Slg. 18.446/2008, das verfassungsrechtliche Gebot der Berücksichtigung des bisher nicht berücksichtigten Substanzwertes be-

kräftigt und die anhaltende Verweigerung der Berücksichtigung des Substanzwertes bei Bemessung der Anteile gerügt.

In seiner Begründung führte der Verfassungsgerichtshof aus:

Die Agrarbehörde erster Instanz beim Amt der Tiroler Landesregierung erließ am 9. November 2006 über Anträge der beschwerdeführenden Gemeinde Mieders in Bezug auf das als Agrargemeinschaft regulierte Gemeindegut (als dessen Eigentümer anstelle der Gemeinde im Zuge der seinerzeitigen Regulierung die Agrargemeinschaft Mieders verbüchert worden war, vgl. VfSlg. 17.779/2006) folgenden Bescheid:

„I.

Dem Antrag vom 12. Oktober 2006 wird Folge gegeben und die Agrargemeinschaft Mieders wird verpflichtet, einen Betrag von 230.000,- Euro binnen zwei Wochen ab Rechtskraft dieses Bescheides an die Gemeinde Mieders bei sonstigem Zwang zu bezahlen.

II.

a) Der Antrag der Gemeinde Mieders auf Neuregulierung vom 8. Juni 2005 wird zurückgewiesen.

b) Der Regulierungsplan für das Gemeindegut der Gemeinde Mieders vom 9. Jänner 1963, Zl. IIIb1-1971/19 i. d. F. vom 31. Oktober 1967, Zl. IIIb1-774/63 mit Änderung vom 30. Jänner 1973, Zl.: IIIb1-255/73 und vom 25. Juni 2004, AgrB - R 741/333-2004, wird im Spruchpunkt A/Haupturkunde, II ‚Nutzungen und Ertrag‘ i. V. m. III ‚Anteilsberechtigte‘, lit. A der Haupturkunde vom 9. Jänner 1963 in amtswegiger Änderung durch nachfolgende Bestimmungen ergänzt:

‚Weitere Substanzerträge, Substanznutzungen

Erträge (Überschüsse) aus bereits vorhandenen oder neuen Vorhaben (wirtschaftlichen Betätigungen) der Agrargemeinschaft, die nicht Holz- und Weidewirtschaft darstellen, stehen der Gemeinde Mieders zu. Investitionen in solche Vorhaben, soweit sie über den laufenden Erhaltungsaufwand bereits vorhandener Vorhaben hinausgehen, bedürfen der Zustimmung der Gemeinde Mieders.

Gleichermaßen stehen Erträge aus Grundverkäufen, Dienstbarkeits- und Baurechtsbegründungen, Schotter- oder Steinverkäufen und dergleichen aus dem Agrargemeinschaftsgebiet der Gemeinde Mieders zu. Die Veräußerung von Grundstücken und Baurechtsbegründungen bedarf der Zustimmung durch die Gemeinde Mieders.

Soweit Substanznutzungen der Gemeinde Mieders von dieser nicht selber beansprucht werden (z. B. durch Grundinanspruchnahmen), sind der Gemeinde Mieders

gehörige Erträge (Überschüsse) von der Agrargemeinschaft jährlich zur Verfügung zu stellen.

Die Agrargemeinschaft hat der Gemeinde Mieders für die Errichtung von infrastrukturellen Vorhaben und von Anlagen, an deren Errichtung ein öffentliches Interesse besteht oder der Verwirklichung von Zielen der örtlichen Raumordnung dient, Grundflächen zur Verfügung zu stellen.

In allen vorstehenden Fällen von Substanznutzungen steht der Agrargemeinschaft eine Entschädigung für den konkreten Ertragsausfall an Holz- und/oder Weidenutzung zu (der dafür zu veranschlagende Anteil an den Einnahmen).“

Mit dem angefochtenen Bescheid des Landesagrarssenates beim Amt der Tiroler Landesregierung vom 8. Februar 2007 wird der Berufung der Agrargemeinschaft Mieders Folge gegeben, der Antrag der Gemeinde (entgegen Spruchpunkt I. des erstinstanzlichen Bescheides) abgewiesen und die Änderung des Regulierungsplanes (Spruchpunkt II. b des erstinstanzlichen Bescheides) ersatzlos behoben, die beschwerdeführende Gemeinde auf diese Behebung verwiesen und deren Berufung im Übrigen als unbegründet abgewiesen.

Zwar stehe der von der Gemeinde geltend gemachte Anspruch (Spruchpunkt I.) in einem inneren Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft an der Agrargemeinschaft, sodass über diesen Antrag meritorisch zu entscheiden sei (§ 37 Abs. 7 TFLG), doch sei die Prämisse des Anspruchs, der Gemeinde stehe der Substanzwert der Liegenschaften zu, unzutreffend:

Die Agrargemeinschaft Mieders ist das Ergebnis der Regulierung des Gemeindegutes Mieders vom 17. August 1962. Das Regulierungsverfahren war mit Bescheid vom 6. Dezember 1961 für das Gemeindegut Mieders eingeleitet worden; das in den Regulierungsplan vom 9. Jänner 1963 übernommene Verzeichnis der Anteilsrechte hält eingangs fest, die näher umschriebenen Grundstücke stellten „als Gemeindegut der Gemeinde Mieders agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d TFLG dar“, an denen „die Gemeinde Mieders als solche mit 137 Anteilen (das sind 10%)“ und die jeweiligen Eigentümer der im Folgenden einzeln angeführten Stammsitzliegenschaften anteilsberechtigten seien (wobei die Anteile nach dem Bezug von Nutz- und Brennholz bemessen sind); ferner heißt es im Regulierungsplan über die Bezugsmodalitäten:

„1. Die Weideaufübung auf den agrargemeinschaftlichen Grundstücken steht nach forstlicher Zulässigkeit sämtlichen eingeforsteten Objekten, einschließlich deren der Gemeinde Mieders, mit dem überwinterten Vieh zu.

2. Im Rahmen ihrer Anteilsberechtigung ist die Gemeinde Mieders zur Schottergewinnung in dem auf agrargemeinschaftlichen Boden liegenden Schottergruben zur Instandhaltung der Gemeindegewege berechtigt.

3. Auch den nicht eingeforsteten Gemeindebürgern der Gemeinde Mieders wird jeweils im 2. Jahr nach der Schlägerung der Bezug von Ast- und Klaubholz im Gemeinschaftswald zuerkannt, und zwar insoweit als dieses Holz nicht von den Schlägerungsberechtigten selbst aufgearbeitet wird.

4. ...“

Die belangte Behörde geht davon aus und bestätigt das in ihrer Stellungnahme zu den vom Verfassungsgerichtshof gestellten Fragen ausdrücklich, dass „durch die Regulierung ... die Eigenschaft der das Regulierungsgebiet bildenden Liegenschaft als Gemeindegut beseitigt (worden sei), weil Eigentum und Verfügungsgewalt auf die Agrargemeinschaft übergingen“, und hält der beschwerdeführenden Gemeinde und der Agrarbehörde entgegen:

„Das Ergebnis lässt sich mit der Feststellung als Gemeindegut im Regulierungsplan durchaus vereinbaren. Der Regulierungsplan enthält die Feststellung, dass die Grundstücke des Regulierungsgebietes als Gemeindegut agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d FLG darstellen, und die weitere Feststellung, dass das Regulierungsgebiet im Eigentum der Agrargemeinschaft Mieders steht. Die Feststellung als Gemeindegut ist vergangenheitsbezogen zu verstehen, weil die Eigenschaft als Gemeindegut Voraussetzung für die Einleitung und Durchführung des Regulierungsverfahrens war. Die weitere Feststellung ‚und steht im Eigentum der Agrargemeinschaft Mieders‘ war in die Zukunft gerichtet (und steht das Regulierungsgebiet zukünftig im Eigentum der Agrargemeinschaft Mieders). Bei diesem Verständnis besteht zwischen dem ersten und zweiten Halbsatz bzw. den beiden Feststellungen kein Widerspruch. Die Zuständigkeit der Agrarbehörde zur zweiten Feststellung war im § 38 Abs. 1 FLG begründet.

Die Absicht, an den Verhältnissen (abgesehen von der Regulierung) nichts zu ändern, lässt sich dem Regulierungsplan nicht entnehmen.“

Mit dieser Auslegung unterstellt die belangte Behörde – wie spätestens seit dem Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 klar sein muss – den Regulierungsakten einen verfassungswidrigen, dem Grundrecht auf Unversehrtheit des Eigentums und auf Gleichheit vor dem Gesetz widersprechenden Inhalt.

1. Gemeindegut steht im Eigentum der Gemeinde, wird aber von allen oder bestimmten Gemeindegliedern

aufgrund alter Übung unmittelbar für land- und forstwirtschaftliche Zwecke zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes von Stammsitzliegenschaften genutzt. Der über die Summe der Nutzungsrechte hinausgehende Substanzwert des Gemeindegutes, der je nach Art der Nutzung möglicherweise freilich erst bei Eingriff in die Substanz oder bei Teilungen zutage tritt, steht daher der Gemeinde zu (vgl. VfSlg. 9336/1982). Die Befugnis der Agrarbehörden zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Gemeindegut (§ 36 Abs. 2 lit. d TFLG 1952, nunmehr § 33 Abs. 2 lit. c TFLG 1996) hätte sich folglich auf die Regulierung der Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte beschränken müssen. Das ist im Hinblick auf die undifferenzierte Einbeziehung des Gemeindegutes in das System des Flurverfassungsrechtes nicht geschehen. Andererseits sah das Gesetz Eigentumsübertragungen als solche (abgesehen von Veräußerungen) nur im Zuge von Teilungen vor.

Wenn die Agrarbehörden in den Sechziger Jahren also das Eigentum am Gemeindegut auf die Agrargemeinschaft übertragen haben, war das durch das Vorbild der echten Agrargemeinschaften vielleicht nahe gelegt, im Blick auf das Ergebnis aber offenkundig verfassungswidrig. Ist dieser Akt jedoch – wie hier – rechtskräftig geworden, ist Gemeindegut entstanden, das nun atypischerweise im gemeinsamen Eigentum der Gemeinde und der Nutzungsberechtigten steht und als Agrargemeinschaft organisiert ist (vgl. VfSlg. 17.779/2006). Innerhalb der Agrargemeinschaft allerdings – einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 34 Abs. 2 TFLG) – wirft eine solche Konstruktion die Frage auf, wie der Anteil der Gemeinde im Verhältnis zu den Anteilen der Inhaber von Stammsitzliegenschaften zu bemessen ist. Der nach Abzug der Belastung durch die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte verbleibende Substanzwert ist nämlich keine feste Größe, sondern kann – wie schon in VfSlg. 9336/1982, S. 104 unten dargelegt – nach den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen während des Bestandes der Agrargemeinschaft stark wechseln. Unter der zeitbedingt verständlichen Annahme, dass für die laufende Bewirtschaftung des Gemeindegutes nur land- und forstwirtschaftliche Nutzungen in Betracht kommen, tritt er überhaupt nicht in Erscheinung. Er wurde infolge dessen übersehen oder – wie die Erläuterungen zur Novelle 2007 formulieren – „vernachlässigt“. Der Anteil der Gemeinde als solcher wurde auch im vorliegenden Fall mit einem Prozentsatz festgestellt, der den damals tatsächlich in Anspruch genommenen Holznutzungen entsprach (wozu offenbar noch das den Gemeindebürgern nach dem Schläge-

rungsjahr verbliebene Ast- und Klaubholz kam), Nutzungen, die die Gemeinde freilich bis dahin nicht kraft Nutzungsrechts, sondern kraft Eigentumsrechts bezog.

Die für die Anteilsfeststellung maßgeblichen Größen können sich jedoch ändern und haben sich auch im Lauf der Zeit in dieser Hinsicht offenkundig geändert. Die Bedeutung nicht land- und forstwirtschaftlicher Nutzungen (zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes) hat offenkundig zugenommen. Es wäre aber unsachlich und einer ersatzlosen Enteignung gleichzuhalten, wenn aus dem formalen Übergang des Eigentums am Gemeindegut an die Agrargemeinschaft der – nach Inhalt des rechtskräftig gewordenen Bescheides nicht zwingende – Schluss gezogen würde, die Zuordnung des Substanzwertes an die Gemeinde sei damit als solche (auch materiell) für alle Zeiten beseitigt worden. Im Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 ist der Verfassungsgerichtshof davon ausgegangen, dass die Ordnung der Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken tendenziell dazu führt, dass die Gemeinde die Substanz des Gemeindegutes zur Gänze an die Nutzungsberechtigten verliert; er hat die Ursache für ein solches Ergebnis in der undifferenzierten Einbeziehung des Gemeindegutes gesehen und infolgedessen die solches herbeiführenden Normen aufgehoben. Diese Aufhebung hat aber nicht nur die weitere Verwandlung von Gemeindegut in Agrargemeinschaften der bloß Nutzungsberechtigten verhindert, sondern für bereits geschehene Verwandlungen, die freilich nicht mehr rückgängig zu machen sind, und daher jedenfalls der Kompetenz der Agrarbehörden unterworfen bleiben, die Lage insoweit geändert, als wesentliche Änderungen in den maßgeblichen Verhältnissen eine Änderung des Regulierungsplanes rechtfertigen und erfordern.

An sich sieht nämlich das Gesetz die Abänderung von Regulierungsplänen vor (§ 69 Abs. 1 TFLG). Die Beseitigung des Zwanges, das Ausmaß der Mitgliedschaft auch beim Gemeindegut ausschließlich an den Nutzungsrechten zu orientieren durch VfSlg. 9336/1982, erlaubt nunmehr die Berücksichtigung des Substanzwertes. Das ist auch verfassungsrechtlich geboten. Die das Gemeindegut repräsentierenden Agrargemeinschaften dürfen nach dem Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 nicht mehr ohne Bedachtnahme auf den Substanzwert geteilt werden, sofern er bei dieser Gelegenheit erstmals zutage tritt. Gegebenenfalls müssen schon vorher die Anteilsrechte angepasst werden. Andernfalls würde man die verfassungswidrige Behandlung von Gemeindegut weiter fortsetzen. Ob § 45 Abs. 2 TFLG in der Fassung der Novelle LGBl. 18/1984, der für die Hauptteilung solches vorsieht, diesem Gebot ausreichend Rechnung

trägt, ist im vorliegenden Zusammenhang nicht zu prüfen.

Die belangte Behörde verneint allerdings das Recht der beschwerdeführenden Gemeinde auf eine solche Abänderung und sieht dafür auch keinen Anlass.

2. In der für das vorliegende Verfahren maßgeblichen Fassung des § 69 TFLG vor In-Kraft-Treten der Novelle LGBL. 13/2007 war die Abänderung von Regulierungsplänen nur auf Antrag der „Gemeinschaft“ oder von Amts wegen zulässig (Abs. 1 Satz 2). Erst die am 14. Dezember 2006 beschlossene und mit dem auf die Kundmachung am 20. Februar 2007 folgenden Tag in Kraft getretene Novelle hat diesen beiden (nunmehr in lit. a und c des Abs. 1 enthaltenen) Möglichkeiten in lit. b um das Antragsrecht einer Gemeinde als Mitglied einer Agrargemeinschaft, „die aus Gemeindegut hervorgegangen ist“, erweitert (wobei das Wort „Gemeinschaft“ durch „Agrargemeinschaft“ ersetzt wurde). Unter welchen Voraussetzungen eine solche Änderung des Regulierungsplanes in Betracht kommt, sagt das Gesetz nicht.

Der Verfassungsgerichtshof geht davon aus, dass eine Änderung nur dann, aber auch immer dann stattzufinden hat, wenn sich die erfolgte Regulierung für die Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte unzweckmäßig erweist oder die für die Nutzungsverhältnisse maßgeblich gewesenen Umstände geändert haben. Eine solche Änderung der Umstände kommt bei verfassungskonformer Auslegung der nunmehrigen Rechtslage in Betracht.

Gleichwohl kann der belangten Behörde die Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte der beschwerdeführenden Gemeinde nur vorgeworfen werden, wenn schon zum Zeitpunkt der Erlassung des angefochtenen Bescheides, d. h. vor dem Inkrafttreten der Novelle 2007 der Gemeinde ein Antragsrecht zur Abänderung des Regulierungsplanes einzuräumen war. Das ist im Hinblick auf das unter Pkt. 1. Gesagte der Fall:

Die Frage, ob die Gemeinde eine Abänderung der Regulierung (Neuregulierung) von Gemeindegut begehren kann, hat sich dem Gesetzgeber des TFLG infolge Vernachlässigung des Substanzwertes des Gemeindegutes nicht gestellt. Für ein im Eigentum der Gemeinde stehendes Gemeindegut kommt ohnedies nur die Regulierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte in Betracht; soweit der Gemeinde selbst solche Nutzungen verbleiben, durfte sie auch wie jeder andere Nutzungsberechtigte behandelt werden. Ob und unter welchen Umständen einzelne Nutzungsberechtigte ganz allgemein von Verfassungs wegen die Möglichkeit haben müssen, eine Änderung des Regulierungsplanes zu erwirken, ist aus Anlass des vorliegen-

den Verfahrens nicht zu prüfen. Das Problem dieses Verfahrens ist vielmehr ausschließlich die im Gesetz nirgends näher bedachte Rechtslage, die durch die Feststellung des Eigentums einer Agrargemeinschaft am Gemeindegut geschaffen wurde. Das für das Gemeindegut wesentliche Substanzrecht der Gemeinde muss hier – entgegen dem ursprünglichen (gemeinderechtlichen) Konzept des Gemeindegutes, das sie als Eigentümerin vorsieht, – als (möglicherweise im Ausmaß wechselnder) Anteil an der Agrargemeinschaft zur Geltung gebracht werden können. Die Notwendigkeit, der Gemeinde die Antragstellung für eine Neuregulierung zu eröffnen (worunter entgegen der Ansicht der Behörde auch eine bloß teilweise Änderung des Regulierungsplans fällt), folgt daraus, dass seit VfSlg. 9336/1982 das Gemeindegut nicht mehr wie ein sonstiges agrargemeinschaftliches Grundstück behandelt werden darf. Der auf diese Situation (verständlicherweise) nicht Bedacht nehmende Gesetzeswortlaut steht seither einer verfassungskonformen Auslegung nicht entgegen; die Novelle 2007 hat diesem verfassungsrechtlichen Gebot nur noch ausdrücklich Rechnung getragen.

Dass sich seit 1963 die für die Anteilsverhältnisse maßgeblichen Umstände geändert haben, ist angesichts der zahlreichen Veränderungen der Substanz und Ausweitung der Nutzungen seit dem Jahre 1984 (dem Jahr der Novellierung des Gesetzes im Gefolge des Erkenntnisses VfSlg. 9336/1982), wie sie im Bescheid erster Instanz im einzelnen dargestellt sind, auch dann nicht zweifelhaft, wenn man unterstellt, dass Veräußerungen schon zur Zeit der Regulierung gelegentlich stattgefunden haben. Es wäre daher längst Aufgabe der Agrarbehörde gewesen, die Änderung der Verhältnisse von Amts wegen aufzugreifen.

Die langjährigen Erfahrungen mit den neuen Verhältnissen lassen auch eine realistische Bewertung durchaus zu. Im Zuge dessen wird auch zu prüfen sein, wie sich eine neue Anteilsfeststellung auf vorhandenes Vermögen der Agrargemeinschaft auswirkt.

3. Die belangte Behörde begegnet dem Vorhaben der Agrarbehörde erster Instanz, durch die Abänderung des Regulierungsplanes „den Zweck des Gemeindegutes zu erreichen bzw. wiederherzustellen“ mit dem Hinweis,

„... , dass die GM als Partei des Regulierungsverfahrens das Recht und die Möglichkeit gehabt hätte, den Regulierungsplan (oder den vorausgegangenen Bescheid über das Verzeichnis der Anteilsrechte) mittels Berufung zu bekämpfen, um die Befriedigung ihrer rechtmäßigen Bedürfnisse, sollten diese verletzt worden sein, durchzusetzen. Diese Gelegenheit wurde von der GM nicht wahrgenommen.“

In ihrer Stellungnahme zur Frage des Verfassungsgerichtshofes, ob die Regulierung die Eigenschaft der Liegenschaften, Gemeindegut zu sein, beseitigt habe, will die belangte Behörde – der insoweit auch die Verfassungsdienste des Amtes der Tiroler Landesregierung und des Bundeskanzleramtes folgen – die Beseitigung dieser Eigenschaft daraus ableiten, dass die Eigentumsverhältnisse durch die Regulierung verändert wurden. Die rechtskräftig gewordene Eigentumsübertragung hat jedoch nur das Eigentum auf die Agrargemeinschaft übertragen, an der Eigenschaft des Gemeindeguts nichts verändern können und wollen und daher auch nichts verändert. Es war in keinem Verfahrensstadium davon die Rede, dass es sich etwa nicht um Gemeindegut gehandelt habe (war doch die Gemeinde, aber nicht die Summe von Nutzungsberechtigten als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen) oder dass (rechtswidrigerweise) beabsichtigt sei, aus dem Gemeindegut eine reine Agrargemeinschaft zu machen (ist doch der Anteil von 10% der Gemeinde als solcher ausdrücklich eingeräumt worden); wie dem Verfassungsgerichtshof aus anderen Regulierungsfällen bekannt ist (z. B. VfSlg. 17.779/2006), wurde die Absicht, an den rechtlichen Verhältnissen (abgesehen von der Regulierung) etwas zu ändern, vielmehr ausdrücklich in Abrede gestellt. Die Einbeziehung des Gemeindegutes in die Ordnung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an agrargemeinschaftlichen Grundstücken wurde einfach dahin verstanden, auch das Gemeindegut müsse als Agrargemeinschaft körperschaftlich eingerichtet und dieser Körperschaft das Eigentum zugeordnet werden, was durch die entsprechende „Feststellung“ geschehen ist. Sieht man von allfälligen anderen, rechtlich jedenfalls unwesentlichen Beweggründen ab, konnte die Wirkung nicht die Beseitigung der Eigenschaft als Gemeindegut, sondern nur der Verlust des Alleineigentums der Gemeinde und dessen Verwandlung in einen Anteil an der neu gebildeten Agrargemeinschaft sein, wobei sich der Anteil eben an den zum Zeitpunkt der Regulierung herrschenden tatsächlichen Verhältnissen bei gegebener Bewirtschaftung orientierte.

Auch die Annahme der Behörde, die Zuordnung des Substanzwertes von Gemeindegut an die Gemeinde habe erst aufgrund des Erkenntnisses VfSlg. 9336/1982 mit der Novelle LGBL. 18/1984 in das TFLG Eingang gefunden – eine Annahme, der die Verfassungsdienste des Amtes der Tiroler Landesregierung und des Bundeskanzleramtes gleichfalls folgen – ist in dieser Schärfe unzutreffend. Aus dem Erkenntnis ergibt sich vielmehr im Gegenteil, dass der Substanzwert am Gemeindegut seit jeher der Gemeinde zugestanden ist (was in ihrem

Alleineigentum zum Ausdruck kam) und nicht der geringste Anhaltspunkt bestand, dass die Gemeinden bewusst enteignet werden sollten, vielmehr lediglich unterlassen wurde, die wegen der Nutzungsrechte auch auf das Gemeindegut anwendbaren Vorschriften über die Teilung agrargemeinschaftlicher Grundstücke der Besonderheit des Gemeindegutes anzupassen, was tendenziell – nämlich bei einer die Eigenschaft des (agrargemeinschaftlichen) Gemeindegutes tatsächlich beendenden Teilung – dazu führte, dass die Gemeinde die Substanz zur Gänze an die Nutzungsberechtigten verlor. Der Umstand, dass eine Regulierung der Sechziger Jahre das Eigentum am Gemeindegut der Agrargemeinschaft zugeordnet und der Gemeinde einen Anteil nur nach Maßgabe der Nutzungen zugebilligt hat, dispensiert demgemäß heute nicht vom verfassungsrechtlichen Gebot, den der Gemeinde zustehenden, wenngleich bisher nicht berücksichtigten Substanzwert im Fall einer Teilung zu berücksichtigen und gegebenenfalls schon vorher die Anteile neu festzustellen.

Die These des Verfassungsdienstes des Amtes der Tiroler Landesregierung, für eine verfassungskonforme Deutung der Ergebnisse der Regulierung sei kein Raum mehr, unterstellt der bloßen Regulierung einen überschießenden, die Verhältnisse für alle Zeiten grundlegend verändernden Sinn. Eine solche Deutung verbietet sich aber schon angesichts des die Ordnung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beherrschenden öffentlichen Interesses, das seit jeher eine Änderung der Regulierung ermöglicht. Die bloße Übertragung des Eigentums an eine selbstständige juristische Person hindert eine solche Änderung nicht. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes verkehrt die Ablehnung der These, die Gemeinde habe ihr Eigentum nur als Treuhänder der Nutzungsberechtigten (als „Realgemeinde“) inne gehabt, geradezu ins Gegenteil, wenn er daraus ableitet, das nunmehrige Eigentum der Agrargemeinschaft verbiete es einen über die Nutzungsrechte hinausgehenden Anteil am Substanzwert der Gemeinde zuzuordnen. Dass dieser – großen Schwankungen unterliegende – Substanzwert aus welchen Gründen immer seinerzeit vernachlässigt worden ist, rechtfertigt nicht, ihn dauerhaft außer Betracht zu lassen.

Mit der verfehlten Prämisse, es handle sich bei den in Rede stehenden Liegenschaften nicht mehr um Gemeindegut, fallen auch die darauf aufbauenden weiteren Argumente der belangten Behörde und des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes.

Auch die Agrargemeinschaft Mieders sucht in ihren Stellungnahmen den Eindruck zu erwecken, die Rechtslage sei bis zur Aufhebung von Bestimmungen des

TFLG durch das Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 eine andere gewesen und diese infolge der Rechtskraft des Regulierungsplanes weiterhin wirksam. Da aber das Gemeindegut – wie dargelegt – auch nach dem Inhalt des Regulierungsplanes als solches weiter besteht, ist seit der Aufhebung der undifferenzierten Einbeziehung in das System der Reformgesetzgebung seine Eigenart zur Geltung zu bringen.

Das kann nach dem Gesagten auf Antrag der Gemeinde geschehen. Die Wirkungen der Regulierung dürfen nicht mehr vor dem Hintergrund einer verfehlten, unsachlichen und das Eigentumsgrundrecht verletzenden Rechtsansicht, sondern müssen anhand der verfassungskonform verstandenen Rechtslage beurteilt werden. Der Beschluss VfSlg. 17.779/2006, mit dem der Antrag der beschwerdeführenden Gemeinde auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Erhebung einer Beschwerde gegen die Bestellung des Gemeindevertreters für das damals eingeleitete Regulierungsverfahren abgewiesen wird, stellt nur klar, dass die Maßnahme der Eigentumsübertragung an die Agrargemeinschaft erkennbar und das Ergreifen von Rechtsbehelfen dagegen durch nichts gehindert war, sodass in dieser Frage Rechtskraft eingetreten ist. Davon geht der Verfassungsgerichtshof auch jetzt aus. Mit der Frage, wie sich die Stellung der Gemeinde innerhalb der Agrargemeinschaft gestaltet und wie sich eine Veränderung der Verhältnisse auf die Regulierung auswirkt, hatte er sich nicht zu beschäftigen. Sie ist nunmehr – wie dargelegt – vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Lage zu beantworten.

4. Die Beschwerde rügt in der Sache selbst nur die Verletzung des Gleichheitssatzes. Sie scheut offenbar, eine Verletzung des Eigentumsrechtes geltend zu machen, weil die Gemeinde nicht mehr Eigentümerin der Liegenschaften ist. Der Verfassungsgerichtshof ist an die Rüge der Beschwerde insoweit nicht gebunden. Er sieht vielmehr auch das Eigentumsrecht als verletzt an:

Anders als die allgemein als öffentlich-rechtlich angesehenen, wenngleich aufgrund alter Übung nur bestimmten Gemeindegliedern zustehenden Nutzungsrechte ist der Anteil der Gemeinde an dem als agrargemeinschaftliches Grundstück regulierten Gemeindegut als Surrogat ihres ursprünglichen (durch die Regulierung beseitigten) Alleineigentums und somit auch in Gestalt des bloßen Anteils an der Agrargemeinschaft jedenfalls Eigentum im Sinn des Art. 5 StGG bzw. Art. 1 1. ZP EMRK. Denkmögliche Gesetzesanwendung stellt daher auch eine Eigentumsverletzung im Sinn dieser Verfassungsbestimmung dar. Als denkmögliche Gesetzesanwendung ist aber die anhaltende

Verweigerung der Berücksichtigung des Substanzwertes bei Bemessung der Anteile zu werten. War nämlich die Entscheidung der Behörde in den Jahren 1962/63, das Eigentum der neu geschaffenen Agrargemeinschaft zuzuordnen, bei damals gegebener Sachlage vielleicht noch hinnehmbar, vernichtet die nunmehrige Weigerung, den Substanzwert zu berücksichtigen, das Vermögensrecht der Gemeinde. Das verstößt gegen das Eigentumsrecht.

Der Bescheid war daher wegen Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte auf Unversehrtheit des Eigentums und auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz aufzuheben.

C.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 5. Dezember 2009, Zahl B 995/09, keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Qualifizierung bestimmter Grundstücke einer Agrargemeinschaft als Gemeindegut, anderer Grundstücke jedoch als „Teilwälder“ im Sinn des Tiroler Flurverfassungs-Landesgesetzes 1996 erkannt; da keine Anordnung über Zuordnung und Bestimmung des Substanzwertes getroffen wurde.

In seiner Begründung führte der Verfassungsgerichtshof aus:

I.1. Mit Bescheid des Amtes der Tiroler Landesregierung als Agrarbehörde erster Instanz vom 16. Februar 2009 wurde gemäß § 73 lit. d Tiroler Flurverfassungs-Landesgesetz 1996 (kurz: TFLG 1996) festgestellt, dass beim Regulierungsgebiet der Agrargemeinschaft Obsteig Gemeindegut vorliegt.

2. Mit dem nun angefochtenen Bescheid des Landesagrarsenates beim Amt der Tiroler Landesregierung vom 26. Juni 2009 wird der Berufung der Agrargemeinschaft Obsteig teilweise Folge gegeben und der erstinstanzliche Bescheid dahingehend abgeändert, dass dessen Spruch wie folgt lautet:

„Festgestellt wird, dass die Gste. 2415, 2530, 2693, 4385, 4386, 4388, 4389, 4391, 4535, 4742/1 und 4742/2 in EZ 133 GB Obsteig Gemeindegut sind, während die weiteren Grundstücke in EZ 133 GB Obsteig sowie die Grundstücke in EZ 38, 115, 177, 278, 413 und 90025 GB Obsteig im Eigentum der Agrargemeinschaft Hauptfraktion Obsteig nicht Gemeindegut sind.“

3. In ihrer auf Art. 144 B-VG gestützten Beschwerde beantragt die Gemeinde, den Teil des Spruches aufzuheben, mit dem festgestellt wurde, dass „die weiteren Grundstücke in EZ 133 GB Obsteig sowie die Grundstücke in EZ 38, 115, 117, 278, 413 und 90025 GB Obsteig im Eigentum der Agrargemeinschaft Hauptfraktion Obsteig nicht Gemeindegut sind“. Es dürfe nicht

nur formal auf den Wortlaut der Bestimmungen des § 33 Abs. 2 lit. c und d TFLG 1996 abgestellt werden, die eine Unterscheidung zwischen Gemeindegut und Teilwäldern vornehmen.

II.1.1. Mit dem Flurverfassungs-Landesgesetz 1935, LGBL. 42, wurde die Kategorie der „Teilwälder“ in die Regelung des § 36 TFLG über agrargemeinschaftliche Grundstücke aufgenommen. Die Bestimmung des § 36 Abs. 2 lit. a definierte Teilwälder als „die der Ortsgemeinde grundbücherlich zugeschriebenen Waldgrundstücke, für die zu Gunsten bestimmter Liegenschaften oder Personen ausschließliche Holz- und Streunutzungsrechte einverleibt sind.“

1.2. § 36 TFLG 1952, LGBL. 32, brachte keine wesentlichen Änderungen. Er enthielt vielmehr eine wortgleiche Bestimmung über Teilwälder:

„(1) Agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn dieses Gesetzes sind solche,

a) an welchen zwischen bestandenen Obrigkeiten und Ortsgemeinden (Ortschaften) oder ehemaligen Untertanen sowie zwischen zwei oder mehreren Gemeinden (Ortschaften) gemeinschaftliche Besitz- und Benutzungsrechte bestehen oder

b) welche von allen oder von gewissen Mitgliedern einer Ortsgemeinde (Ortschaft), eines oder mehrerer Gemeindeteile (Ortsteile), einer oder mehrerer Nachbarschaften oder ähnlicher agrarischer Gemeinschaften kraft ihrer persönlichen oder mit einem Besitz verbundenen Mitgliedschaft oder von den Mitberechtigten an Wechsel- oder Wandelgründen gemeinschaftlich oder wechselweise benutzt werden.

(2) Zu diesen Grundstücken sind, unbeschadet der Rechte aus einer bereits vollendeten Ersitzung, ferner zu zählen:

a)–c) [...]

d) das einer gemeinschaftlichen Benutzung nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung unterliegende Gemeindegut bzw. ehemalige Ortschafts- oder Fraktionsgut;

e) die der Ortsgemeinde grundbücherlich zugeschriebenen Waldgrundstücke, für die zu Gunsten bestimmter Liegenschaften oder Personen ausschließliche Holz- und Streunutzungsrechte einverleibt sind (Teilwälder).

(3)–(4)“

1.3. Art. II § 1 Abs. 1 der am 1. Oktober 1938 in Kraft getretenen Verordnung zur Einführung der Deutschen Gemeindeordnung im Land Österreich vom 15. September 1938 lautet auszugsweise wie folgt:

„Ortschaften, Fraktionen und ähnliche innerhalb einer Gemeinde bestehende Verbände, Körperschaften

und Einrichtungen gemeinderechtl. Art werden mit dem Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung aufgelöst. Ihr Rechtsnachfolger ist die Gemeinde.“

Am 10. Juli 1945 wurden die deutschen Gemeindevorschriften aufgehoben (StGBL. 68/1945) und ein vorläufiges Gemeindegesetz erlassen (StGBL. 66/1945), welches die Bestimmungen des Reichsgemeindegesetzes 1862 wieder in Kraft setzte und bestimmte, dass die Gemeindeordnungen der Länder, soweit sie nicht der österreichischen Verfassung von 1920 bzw. 1929 widersprechen oder zur Anpassung des österreichischen Gemeinderechts an die Verfassung 1934 erlassen wurden, wieder Gültigkeit haben sollten. An die Stelle der nicht wieder in Wirksamkeit getretenen Bestimmungen der Gemeindeordnung für das Land Tirol vom Jahr 1935 traten die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnung 1928, LGBL. Nr. 36 (vgl. Schumacher/Cornet, Tiroler Gemeindeordnung 1966, 2. Auflage 1980, S. XVII f.).

Die Tiroler Gemeindeordnung 1966 unterschied im § 76 zwischen Gemeindeeigentum, öffentlichem Gut und Gemeindegut. Die Teilwälder wurden – offensichtlich soweit die Gemeinde im Grundbuch als Eigentümerin ausgewiesen war – dem Gemeindeeigentum zugeordnet (Schumacher/Cornet, Tiroler Gemeindeordnung 1966, 2. Auflage 1980, S. 91).

1.4. Im Jahr 1969 wurde das TFLG novelliert und wiederverlautbart (LGBL. Nr. 33 und 34). Teilwaldberechtigungen waren beim Verkauf agrargemeinschaftlicher Grundstücke zu berücksichtigen (§ 39 Abs. 1 lit. b TFLG 1969). Nach § 39 Abs. 2 leg. cit. bestand nunmehr die Möglichkeit, Teilwaldrechte gegen Entschädigung aufzuheben. Auch wurde Vorsorge getroffen, dass Teilwälder nicht als Nutzungsteilungen angesehen werden können (§ 52 Abs. 1 letzter Satz leg. cit.). Im Besonderen aber wurde die Definition der Teilwälder insoweit erweitert, als nunmehr – den Ergebnissen der Regulierungsverfahren der Fünfziger und Sechziger Jahre Rechnung tragend – vorgesehen war, dass Teilwälder auch auf dem Grundeigentum von Agrargemeinschaften bestehen können (§ 32 Abs. 2 lit. d TFLG 1969: „im Eigentum einer Gemeinde oder einer Agrargemeinschaft stehende Waldgrundstücke, an denen zu Gunsten bestimmter Liegenschaften oder Personen auf nach Größe, Form und Lage bestimmten oder bestimmbar Teilflächen ausschließliche Holz- und Streunutzungsrechte bestehen [Teilwälder];“).

1.5. Durch die Novelle LGBL. Nr. 18/1984 wurde die Regelungstechnik geringfügig modifiziert. Der neu gefasste § 33 TFLG 1978 i. d. F. LGBL. Nr. 18/1984 lautete wie folgt:

„(1) Agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn dieses Gesetzes sind Grundstücke, die von allen oder mehreren Mitgliedern einer Gemeinde oder von den Mitgliedern einer Nachbarschaft, einer Interessenschaft, einer Fraktion oder einer ähnlichen Mehrheit von Berechtigten kraft einer mit einer Liegenschaft (Stamm-sitzliegenschaft) verbundenen oder einer persönlichen (walzenden) Mitgliedschaft gemeinschaftlich und unmittelbar für land- und forstwirtschaftliche Zwecke aufgrund alter Übung genutzt werden. Als gemeinschaftliche Nutzung gilt auch eine wechselseitig sowie eine nach Raum, Zeit und Art verschiedene Nutzung.“

(2) Agrargemeinschaftliche Grundstücke sind, unbeschadet der Rechte aus einer bereits vollendeten Er-sitzung, insbesondere:

a)–b) [...]

c) Grundstücke, die im Eigentum einer Gemeinde stehen und zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes einer im Gebiet dieser Gemeinde gelegenen Mehrheit von Stammsitzliegenschaften dienen (Gemeindegut);

d) Waldgrundstücke, die im Eigentum einer Gemein-de oder einer Mehrheit von Berechtigten (Agrar-gemeinschaft) stehen und auf denen Teilwaldrechte (Abs. 3) bestehen (Teilwälder).

(3) Teilwaldrechte sind Holz- und Streunutzungs-rechte, die aufgrund öffentlicher Urkunden oder auf-grund örtlicher Übung zugunsten bestimmter Liegen-schaften oder bestimmter Personen auf nach Größe, Form und Lage bestimmten oder bestimmbar Teil-flächen von Waldgrundstücken bestehen. Teilwald-rechte gelten als Anteilsrechte im Sinn dieses Gesetzes.“

Im Jahr 1996 wurde das TFLG 1978 mit LGBL Nr. 74 als TFLG 1996 wiederverlautbart. Der heute in Geltung stehende § 33 i. d. F. LBGL Nr. 53/2007 weist im Abs. 2 lit. c nur eine geringfügige Änderung gegenüber der früheren Rechtslage auf.

2. Aufgrund der Forsteigentumspurifikations-Tabelle aus 1848 wurde anlässlich der am 4. Mai 1909 abge-schlossenen Grundbuchs-anlegung ob der Liegenschaft EZ 133 GB Obsteig das Eigentumsrecht für die „Haupt-fraktion Obsteig, bestehend aus den Ortschaften Wald, Thal, Finsterfiecht, Ober- und Unterstrass“ einverleibt. Im C-Blatt der Liegenschaft EZ 133, GB Obsteig findet sich unter anderem folgende Eintragung:

„Rang vom 17. August 1733:

Aufgrund des Waldprotokolles vom 17. August 1733 wird auf diesem Grundbuchskörper die Dienstbarkeit des ausschließlichen und unbeschränkten Holz- und Streubezuges, welche auch die Befugnis der freien Verwertung des nach Deckung des Haus- und Gutsbedarfes vorhandenen Überschusses umfasst, zugunsten

nachstehender Grundbuchskörper [es folgt eine Liste zahlreicher berechtigter Liegenschaften und der jeweils zugunsten dieser Liegenschaften belasteten Grund-stücke] einverleibt.“

2.1. Mit Bescheid der Agrarbehörde vom 24. No-vember 1953 wurde das Verfahren „zur Regelung der Benützung- und Verwaltungsrechte am Besitz der ehe-maligen Hauptfraktion Obsteig“ in den EZ 133 II und 134 II eingeleitet. Mit Bescheid vom 12. Jänner 1961 wurde die Liste der Parteien für die Regulierung der ehe-maligen Hauptfraktion Obsteig erlassen. Mit Bescheid vom 15. November 1961 wurden die Anteilsrechte für die Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig festgelegt. Darin wurde auszugsweise wie folgt verfügt:

„I. Gebiet

Aufgrund des Ergebnisses der mündlichen Verhand-lungen am 23. August 1955 und 24. Oktober 1961 wer-den sämtliche der (ehemaligen) Hauptfraktion Obsteig grundbücherlich zugeschriebenen und in den EZL. 133 II und 134 II KG Obsteig vorgetragenen Grundstücke gemäß § 75 FLG als agrargemeinschaftliche Grund-stücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d FLG festgestellt. Die folgenden Grundstücke stellen reines Gemeinde-vermögen dar und sind im Zuge der Regulierungsver-fahren aus der EZL. 133 ab- und einer hiefür zu eröff-nenden Einlagezahl zuzuschreiben: [...]

II. Nutzungen

Die üblichen regelmäßigen Nutzungen sind:

- 1.) Holznutzung,
- 2.) Weidenutzung.

III. Parteien und Anteilsrechte

Aufgrund des bei der agrarbehördlichen Verhandlung am 24. Oktober 1961 zwischen den nutzungsberechtig-ten Parteien und dem Vertreter der Gemeinde Obsteig abgeschlossenen Parteienübereinkommens gestaltet sich die Anteilberechtigung der jeweiligen Eigentümer der mit rechtskräftigem Bescheid ‚Liste der Parteien‘ vom 12. Jänner 1961, Zl. IIIb1-87/52 in Zusammenhalt mit dem Berichtigungsbescheid vom 20. März 1961, Zl. IIIb1-87/55, festgestellten Stammsitzliegenschaften vom Regulierungsgebiet wie folgt:

A./

Den jeweiligen Eigentümern der nachstehend ver-zeichneten Stammsitzliegenschaften stehen Anteils-rechte in Form des ausschließlichen und unbeschränk-ten Holz- und Streubezugsrechtes, welches auch die Be-fugnis zur freien Weiterverwertung des nach Deckung des Haus- und Gutsbedarfes verbleibenden Überschusses umfasst, an den bei den einzelnen Stammsitzliegen-schaften angeführten Grundparzellen des Regulie-rungsgebietes zu: [...]

B./

Den jeweiligen Eigentümern der im Abschnitt A./ angeführten Stammsitzliegenschaften sowie den jeweiligen Eigentümern der nachfolgend angeführten Stammsitzliegenschaften stehen am unverteilten Gemeinschaftswald bestehend aus den Gpn. 494, 926, 2415, 2530, 2693, 4385, 4386, 4388, 4389, 4391, 4535 und 4742 gleich große Anteile in der Weise zu, dass sie im Genuss der aus dem Holzerlös dieses Waldes geschaffenen gemeinschaftlichen Einrichtungen stehen und an der Lastentragung für diesen unverteilten Wald nur insoweit teilnehmen, als diese aus dem Holzerlös dieses Waldes nicht gedeckt werden können. Naturalbezüge stehen sämtlichen Parteien aus dem unverteilten Wald nicht zu. [...]

C./

Hinsichtlich der Weide im Regulierungsgebiet sind alle Viehhalter in der Hauptfraktion Obsteig mit dem Vieh auftriebsberechtigt, das mit dem aus Eigen- oder Pachtgründen in der KG Obsteig gewonnenen Futter in der Hauptfraktion Obsteig überwintert wird.

D./ Lastentragung

a) Die aus den Teilwäldern anfallenden Lasten werden von den Eigentümern der unter A./ angeführten Stammsitzliegenschaften nach Maßgabe der ihnen zustehenden Teilwaldnutzungsrechte abgedeckt.

b) Die aus dem unverteilten Wald anfallenden Lasten werden von der Gesamtheit der Nutzungsberechtigten (Verzeichnis A./ und B./) zu gleichen Teilen getragen, soweit die Lasten nicht aus dem unverteilten Wald selbst gedeckt werden können.

c) Die aus dem Weidegebiet anfallenden Lasten werden auf das aufgetriebene Vieh umgelegt.

d) Erlöse aus Grundverkäufen fallen zur Gänze der Gemeinschaft der Nutzungsberechtigten zu und sind in erster Linie zur Verbesserung des Gemeinschaftsbesitzes zu verwenden. Ebenso fällt der anteilmäßige Jagdpachtshilling der Gemeinschaft zu. [...]

Aus der Zustellverfügung ergibt sich, dass der Bescheid u. a. gegenüber der nun beschwerdeführenden Gemeinde und der Agrargemeinschaft Obsteig erlassen wurde.

2.2. Schließlich wurde mit Bescheid vom 3. Mai 1962 von der Agrarbehörde der „Regulierungsplan für die Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig“ erlassen. Darin wurde u. a. Folgendes verfügt:

„II. Gebiet

Das Regulierungsgebiet besteht aus:

a) sämtlichen in EZL. 133 II KG Obsteig vorgetragenen Grundstücken mit Ausnahme der unten angeführten;

b) aus der den Gutsbestand der EZL. 134 II KG Obsteig bildenden Gp. 3665 Wiese ‚Pfändtermahd‘.

Die nachfolgend angeführten Bau- und Grundparzellen werden als Gemeindevermögen der Gemeinde Obsteig von der EZL. 133 II KG Obsteig beschrieben und einer neu zu eröffnenden EZL. zugeschrieben: [...]

III. Nutzungen

Die üblichen regelmäßigen Nutzungen sind:

- 1.) Holznutzung
- 2.) Weidenutzung
- 3.) Jagd

IV. Parteien und Anteile

Das Regulierungsgebiet stellt agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d und e FLG dar. Es steht im Eigentum der mit Bescheid vom 5. Dezember 1961, Zl. IIIb1-2108/69, körperschaftlich eingerichteten Agrargemeinschaft Hauptfraktion Obsteig, welcher die jeweiligen Eigentümer der in den nachstehenden Verzeichnissen angeführten Stammsitzliegenschaften als Mitglieder angehören.

A./ Nutzungsrechte am verteilten Wald

Den jeweiligen Eigentümern der nachstehend verzeichneten Stammsitzliegenschaften stehen Anteile in Form des ausschließlichen und unbeschränkten Holz- und Streubezugsrechtes, welches auch die Befugnis zur freien Weiterverwertung des nach Deckung des Haus- und Gutsbedarfes verbleibenden Überschusses umfasst, an den für die einzelnen Stammsitzliegenschaften im C-Blatt des Grundbuchkörpers in EZL. 133 II KG. Obsteig angeführten Grundparzellen des Regulierungsgebietes zu: [...]

B./ Nutzungsrechte am unverteilten Wald

Den jeweiligen Eigentümern der im Verzeichnis A./ angeführten Stammsitzliegenschaften (Teilwaldnutzungsrechte) und den jeweiligen Eigentümern der nachfolgend angeführten Stammsitzliegenschaften stehen an den nicht mit ausschließlichen Holz- und Streubezugsrechten belasteten Waldgrundstücken des Regulierungsgebietes und zwar Gp. 494, Gp. 926, Gp. 2415, Gp. 2530, Gp. 2693, Gp. 4385, Gp. 4386, Gp. 4388, Gp. 4391, Gp. 4535, Gp. 4742, Gp. 4389 gleich große Anteile in der Weise zu, dass sie im Genuss der aus dem Holzerlös dieses Waldes geschaffenen gemeinschaftlichen Einrichtungen stehen und an der Lastentragung für diesen unverteilten Wald nur insoweit teilnehmen, als diese aus dem Holzerlös dieses Waldes nicht gedeckt werden können.

Naturalbezüge aus dem unverteilten Wald stehen sämtlichen Parteien nicht zu. [...]

Die Zustellverfügung lautete wie folgt: „Ergeht an die Nutzungsberechtigten am Besitz der Hauptfraktion Obsteig.“

2.3. Die grundbücherliche Durchführung des rechtskräftigen Regulierungsplanes erfolgte im Jahr 1963. In der Zustellverfügung des Beschlusses scheint auch die Gemeinde Obsteig auf. Mit Kundmachung der Agrarbehörde vom 3. April 1964 wurde der Abschluss des Regulierungsverfahrens für den Besitz der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig in EZ 133 II und 134 II kundgemacht.

III.1. Auf das Wesentliche zusammengefasst wird in der Beschwerde behauptet, die belangte Behörde gehe in verfassungswidriger Weise davon aus, die Grundstücke (welche zumindest vor Erlassung des Regulierungsplanes vom 3. Mai 1962 im Eigentum der beschwerdeführenden Gemeinde standen und mit Teilwaldrechten belastet seien) hätten die Eigenschaft, Gemeindegut zu sein, durch Novellierungen des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes nach dem Erkenntnis VfSlg. 9339/1982 verloren. Wesentlich sei die Frage, ob die im Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 vom Verfassungsgerichtshof entwickelten Rechtssätze auch auf mit Teilwaldrechten belastete Liegenschaften anzuwenden seien.

2. Die Agrargemeinschaft Obsteig ist das Ergebnis der Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig. Das Regulierungsverfahren war mit Bescheid vom 24. November 1953 eingeleitet worden. Im Verzeichnis der Anteilsrechte für die Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig vom 15. November 1961 wurden „sämtliche der (ehemaligen) Hauptfraktion Obsteig grundbücherlich zugeschriebenen [...] Grundstücke als agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d FLG festgestellt“. Im Regulierungsplan für die Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig vom 3. Mai 1962 wird Folgendes festgestellt:

„Das Regulierungsgebiet stellt agrargemeinschaftliche Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d und e FLG dar. Es steht im Eigentum der [...] Agrargemeinschaft Hauptfraktion Obsteig, welcher die jeweiligen Eigentümer der in den nachstehenden Verzeichnissen angeführten Stammsitzliegenschaften als Mitglieder angehören.“

Die belangte Behörde geht davon aus, dass der Regulierungsplan vom 3. Mai 1962 das Regulierungsgebiet in Gemeindegut bzw. ehemaliges Ortschafts- oder Fraktionsgut (§ 36 Abs. 2 lit. d. FLG) und Teilwälder (§ 36 Abs. 2 lit. e FLG) gegliedert habe. Daraus schließt sie, dass nicht das gesamte Regulierungsgebiet als Gemeindegut bzw. ehemaliges Ortschafts- oder Fraktionsgut festgestellt wurde. Es seien daher Nutzungsrechte am verteilten Wald (Teilwälder) und solche am unverteilten

Wald den Stammsitzliegenschaften zugeordnet worden. Als unverteilter Wald seien im Regulierungsplan aus 1962 u. a. die Grundparzellen festgestellt worden, die im angefochtenen Bescheid als Gemeindegut ausgewiesen wurden. Die belangte Behörde ist weiters der Ansicht, dass nach der geltenden Rechtslage nicht (mehr) davon ausgegangen werden könne, dass die Teilwälder als eine Sonderform des Gemeindegutes anzusehen seien, wenn das Teilwaldrecht auf einem Grundstück im Gemeindeeigentum bestehe. Daraus ergebe sich, dass dem Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 nur insoweit Rechnung getragen werden könne, als es sich nicht um Teilwälder handle, da diese nicht als Gemeindegut qualifiziert werden können.

3.1. Unter „Teilwäldern“ werden die im Eigentum einer Gemeinde oder einer Agrargemeinschaft stehenden Waldgrundstücke verstanden, an denen zu Gunsten bestimmter Liegenschaften oder Personen [...] ausschließliche Holz- und Streunutzungsrechte bestehen“ (vgl. Lang, Die Teilwaldrechte in Tirol, 1978, S 147 ff.). Ziel der Schaffung von Teilwäldern war es, durch die Aufteilung des Waldes eine bessere Bewirtschaftung des Waldes und zugleich eine Sicherung des Bedarfes an Holz und Streu zu gewährleisten (Lang, Tiroler Agrarrecht II, 1991, S. 179).

Die jüngere historische Entwicklung der Teilwälder nahm ihren Ausgang bei der Forsteigentumspurifikation des Jahres 1847. Im Gefolge derselben wurden in den Jahren 1847 bis 1854 zahlreiche Wälder, darunter auch solche, die mit Teilwaldrechten belastet waren, an die damaligen Gemeinden übergeben (Lang, Die Teilwaldrechte in Tirol, 1978, S. 48). Im Zuge der Grundbuchsanlegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Teilwälder (richtig: Teilwaldrechte) – wie die Liegenschaft EZ 133, GB Obsteig – vielfach als privatrechtliche Dienstbarkeiten zugunsten der berechtigten Höfe im C-Blatt des Grundbuchkörpers eingetragen, als Eigentümer der betreffenden Grundparzellen wurden die Gemeinden oder Gemeindeteile eingetragen. In einigen Fällen wurden die Nutzungsberechtigten als (Voll)Eigentümer eingetragen (Lang, Die Teilwaldrechte in Tirol, 1978, S. 78 ff.). In anderen Fällen wiederum kam es wegen kontroversieller Ansichten über die Eigentumsverhältnisse an den Teilwäldern zu keiner Verbücherung derselben.

3.2. Im Erkenntnis VfSlg. 9336/1982 stellte der Verfassungsgerichtshof im Zusammenhang mit Gemeindegut fest, dass darunter jene Erscheinung zu verstehen ist, die in den früheren Gemeindeordnungen im Rahmen des Reichsgemeindegesezes 1862 und den nachfolgenden Gemeindegesetzen geregelt war und im gel-

tenden Gemeinderecht noch als bestehend festgehalten wird. Das Gemeindegut im Sinn der Gemeindeordnungen ist aber nicht nur formell der Gemeinde zugeordnet, sondern auch in materieller Hinsicht Eigentum der Gemeinde und nur insofern beschränkt, als es mit bestimmten öffentlich-rechtlichen Nutzungsrechten einiger oder aller Gemeindeglieder belastet ist, sodass die Substanz und also auch der Substanzwert und ein allfälliger Überschuss der Nutzungen der Gemeinde als solcher zugeordnet bleiben.

3.3. Im Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 zum Gemeindegut der Gemeinde Mieders wurde festgestellt, dass dieses bereits 1962 als agrargemeinschaftliches Grundstück ebenso wie Bezugsmodalitäten für Nutz- und Brennholz, die Weideausübung und andere Nutzungsrechte festgelegt wurde und die Übertragung des Eigentums am Gemeindegut auf die Agrargemeinschaft offenkundig verfassungswidrig war. Daraus zog der Verfassungsgerichtshof den Schluss, dass der über die Summe der Nutzungsrechte hinausgehende Substanzwert des Gemeindegutes, der je nach Art der Nutzung möglicherweise freilich erst bei Eingriff in die Substanz oder bei Teilungen zutage tritt, der Gemeinde zusteht. Die Befugnis der Agrarbehörden zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Gemeindegut hätte sich auf die Regulierung der Ausübung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte beschränken müssen. Das ist im Hinblick auf die undifferenzierte Einbeziehung des Gemeindegutes in das System des Flurverfassungsrechtes nicht geschehen.

4. Die beschwerdeführende Gemeinde macht zunächst eine Verletzung des verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechtes auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz geltend.

4.1. Eine Verletzung des verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechtes auf Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz liegt nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (z. B. VfSlg. 10.413/1985, 14.842/1997, 15.326/1998 und 16.488/2002) dann vor, wenn der angefochtene Bescheid auf einer dem Gleichheitsgebot widersprechenden Rechtsgrundlage beruht, wenn die Behörde der angewendeten Rechtsvorschrift fälschlicherweise einen gleichheitswidrigen Inhalt unterstellt oder wenn sie bei Erlassung des Bescheides Willkür geübt hat.

Ein willkürliches Verhalten der Behörde, das in die Verfassungssphäre eingreift, liegt unter anderem in einer gehäuften Verkennung der Rechtslage, aber auch im Unterlassen jeglicher Ermittlungstätigkeit in einem entscheidenden Punkt oder dem Unterlassen eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens überhaupt, ins-

besondere in Verbindung mit einem Ignorieren des Parteivorbringens und einem leichtfertigen Abgehen vom Inhalt der Akten oder dem Außer-Acht-Lassen des konkreten Sachverhaltes (z. B. VfSlg. 8808/1980 mwN., 14.848/1997, 15.241/1998 mwN., 16.287/2001, 16.640/2002).

Ein willkürliches Verhalten ist der Behörde insbesondere dann vorzuwerfen, wenn sie den Beschwerdeführer aus unsachlichen Gründen benachteiligt hat oder aber, wenn der angefochtene Bescheid wegen gehäuften Verkennens der Rechtslage in einem besonderen Maße mit den Rechtsvorschriften in Widerspruch steht (z. B. VfSlg. 10.065/1984, 14.776/1997, 16.273/2001).

4.2. Die belangte Behörde hat – in Abänderung des erstinstanzlichen Bescheides – für bestimmte, im Spruch des angefochtenen Bescheides näher bezeichnete Grundstücke festgestellt, dass sie „Gemeindegut sind“, und für weitere ebenfalls im Spruch aufgezählte Grundstücke die Feststellung getroffen, dass sie „nicht Gemeindegut sind“. Sie nimmt damit eine Zuordnung nach der gesetzlichen Systematik des § 33 Abs. 2 TFLG 1996 zu den Tatbeständen der lit. c („Grundstücke, die im Eigentum einer Gemeinde stehen und zur Deckung des Haus- und Gutsbedarfes einer Mehrheit von Stammsitzliegenschaften dienen [Gemeindegut]“) bzw. der lit. d („Waldgrundstücke, die im Eigentum einer Gemeinde oder einer Mehrheit von Berechtigten [Agrargemeinschaft] stehen und auf denen Teilwaldrechte [Abs. 3] bestehen [Teilwälder]“) vor (zur Unbedenklichkeit der Qualifikation eines Teilwaldes als agrargemeinschaftliches Grundstück im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. d TFLG 1978 i. d. F. LGBL. 18/1984 vgl. VwGH vom 18. April 1988, Zahl 87/10/0031). Diese Zuordnung wird in Auseinandersetzung mit der einschlägigen Rechtsprechung und der Literatur zur Frage der Teilwaldrechte näher begründet. Teilwälder sind – ungeachtet der jüngeren Regelungstechnik im TFLG – grundsätzlich dem Gemeindegut verwandt, und entsprechende Teilwaldrechte bestehen in der Regel an Gemeindegut (Lang, Tiroler Agrarrecht II, 1991, S. 177). Allein durch die Subsumtion von Teilwäldern unter den gesetzlichen Tatbestand des § 33 Abs. 2 lit. d TFLG 1996 benachteiligt sie weder die beschwerdeführende Gemeinde in unsachlicher Weise noch verkennt sie dadurch in gehäufter Weise die Rechtslage.

Anders als die Bescheide im Verfahren VfSlg. 18.446/2008 treffen der angefochtene Bescheid und der erstinstanzliche Bescheid im Spruch aber keine Anordnung über Zuordnung und Bestimmung des Substanzwertes. Lediglich in der Begründung des angefochtenen Bescheides wird unter Punkt VI. zur Begründung der Zu-

ständigkeit der Agrarbehörde unter Hinweis auf das Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 festgestellt, dass hinsichtlich der nicht als verteilter (Teil)Wald qualifizierten Grundstücke Gemeindegut entstanden sei, das im Sinn des genannten Erkenntnisses als Agrargemeinschaft organisiert sei. Der Umstand, dass die im angefochtenen Bescheid als Teilwälder qualifizierten Flächen im grundlegenden, für die ursprüngliche Qualifikation maßgeblichen Bescheid vom 15. November 1961 (Verzeichnis der Anteilsrechte für die Regulierung der ehemaligen Hauptfraktion Obsteig) als Grundstücke im Sinn des § 36 Abs. 2 lit. d TFLG und damit als Gemeindegut qualifiziert wurden, hat jedoch – wie sich aus dem Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 ergibt – zur Konsequenz, dass die Behörde für Zwecke der Zuordnung und Bestimmung des Substanzwertes zu prüfen haben wird, ob die Bedeutung nicht land- und forstwirtschaftlicher Nutzungen zugenommen hat und Änderungen in den maßgeblichen Verhältnissen auch insoweit eine Änderung des Regulierungsplanes rechtfertigen oder erfordern könnten.

5. Die beschwerdeführende Gemeinde behauptet die Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Unversehrtheit des Eigentums. Ein entsprechender Eingriff wäre nach der ständigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes (z. B. VfSlg. 13.587/1993 mwN, 15.364/1998, 15.768/2000, 16.113/2001, 16.430/2002) dann verfassungswidrig, wenn der ihn verfügende Bescheid ohne jede Rechtsgrundlage ergangen wäre oder auf einer verfassungswidrigen Rechtsgrundlage beruhte, oder wenn die Behörde bei Erlassung des Bescheides eine verfassungsrechtlich unbedenkliche Rechtsgrundlage in denkunmöglicher Weise angewendet hätte, ein Fall, der nur dann vorläge, wenn die Behörde einen so schweren Fehler begangen hätte, dass dieser mit Gesetzlosigkeit auf eine Stufe zu stellen wäre.

Mit der Feststellung, dass einzelne Grundstücke aus dem seinerzeitigen Regulierungsplan vom 3. Mai 1962 nicht als Gemeindegut im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. c TFLG 1996, sondern als „Teilwälder“ im Sinn der lit. d anzusehen sind, hat die belangte Behörde die Eigentumsposition der beschwerdeführenden Gemeinde für sich genommen nicht berührt. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, dass Rechtsfolgen, die an die Zuordnung zur einen oder anderen Kategorie geknüpft werden, diese nachteilig berühren. Nimmt man angesichts dessen einen Eingriff in das Grundrecht an, so ist eine Verletzung im Grundrecht jedoch jedenfalls zu verneinen: Die ausführlich begründete Annahme, dass die im

angefochtenen Bescheid näher bezeichneten Grundstücke als Teilwälder im Sinn des § 33 Abs. 2 lit. d TFLG 1996 qualifiziert werden, ist jedenfalls nicht denkunmöglich; dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Behörde bei der Zuordnung und Bestimmung des Substanzwertes die Erwägungen im Erkenntnis VfSlg. 18.446/2008 zu berücksichtigen haben wird.

6. Die beschwerdeführende Gemeinde behauptet ferner die Verletzung im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter.

Das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter wird durch den Bescheid einer Verwaltungsbehörde verletzt, wenn die Behörde eine ihr gesetzlich nicht zukommende Zuständigkeit in Anspruch nimmt (z. B. VfSlg. 15.372/1998, 15.738/2000, 16.066/2001, 16.298/2001 und 16.717/2002) oder wenn sie in gesetzwidriger Weise ihre Zuständigkeit ablehnt, etwa indem sie zu Unrecht eine Sachentscheidung verweigert (z. B. VfSlg. 15.482/1999, 15.858/2000, 16.079/2001 und 16.737/2002).

Die belangte Behörde hat im Spruch des angefochtenen Bescheides zwar neben den dem Gemeindegut zugewiesenen Grundstücken weitere genannt und zu diesen festgestellt, dass diese nicht Gemeindegut sind. In der Formulierung „im Eigentum der Agrargemeinschaft Hauptfraktion Obsteig“ liegt jedoch entgegen der in der Beschwerde vertretenen Auffassung eine bloße Anknüpfung an den Grundbuchsstand. Darin liegt jedoch keine Ausdehnung des Verfahrensgegenstandes in Widerspruch zu § 66 Abs. 4 AVG und daher auch keine Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter.

IV. Die behauptete Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte hat sohin nicht stattgefunden. Das Beschwerdeverfahren hat auch nicht ergeben, dass die beschwerdeführende Gemeinde in einem von ihr nicht geltend gemachten verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht verletzt worden wäre; ebenso wenig entstanden – aus der Sicht dieser Beschwerdesache – verfassungsrechtliche Bedenken gegen die dem bekämpften Bescheid zugrunde liegenden Rechtsvorschriften. Der von der beschwerdeführenden Gemeinde als verfassungswidrig gerügte § 40 Abs. 5 TFLG 1996, der die Ausübung von Teilwaldrechten zum Inhalt hat, ist im Verfahren nicht präjudiziell.

Die beschwerdeführende Gemeinde wurde mithin auch nicht wegen Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm in ihren Rechten verletzt.

8.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2010

Ertragsanteile an	Februar		Differenz in Euro	Änderung in %
	2009 in Euro	2010 in Euro		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN				
Veranlagter Einkommensteuer	520.007	828.499	308.492	59,32
Lohnsteuer	20.011.448	19.666.287	-345.161	-1,72
Kapitalertragsteuer I	2.260.690	1.331.519	-929.171	-41,10
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	462.712	457.280	-5.433	-1,17
Körperschaftsteuer	-301.761	-280.112	21.649	7,17
Erbschafts- und Schenkungssteuer	115.184	57.695	-57.489	-49,91
Stiftungseingangssteuer	16.214	12.516	-3.698	-22,81
Bodenwertabgabe	58.557	11.725	-46.833	-79,98
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	23.143.053	22.085.410	-1.057.643	-4,57
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	19.040.055	18.252.545	-787.510	-4,14
Abgabe von alkoholischen Getränken	90	84	-6	-7,00
Tabaksteuer	1.060.198	1.060.484	286	0,03
Biersteuer	192.606	201.400	8.794	4,57
Mineralölsteuer	5.894.934	5.295.380	-599.554	-10,17
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	132.185	164.175	31.990	24,20
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	1.059	978	-81	-7,68
Kapitalverkehrsteuern	44.812	66.923	22.111	49,34
Werbeabgabe	392.893	430.114	37.221	9,47
Energieabgabe	670.481	771.990	101.509	15,14
Normverbrauchsabgabe	321.005	333.700	12.695	3,95
Grunderwerbsteuer	7.339.035	6.288.260	-1.050.775	-14,32
Versicherungssteuer	1.421.974	1.442.049	20.075	1,41
Motorbezogene Versicherungssteuer	991.163	1.043.179	52.016	5,25
KFZ-Steuer	5.949	4.285	-1.664	-27,97
Konzessionsabgabe	203.375	206.615	3.240	1,59
Summe sonstige Steuern	37.711.814	35.562.160	-2.149.655	-5,70
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	60.854.867	57.647.569	-3.207.298	-5,27
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
GESAMT	60.854.867	57.647.569	-3.207.298	-5,27

*davon Getränkesteuerausgleich	5.202.933	4.987.367	-215.566	-4,14
--------------------------------	-----------	-----------	----------	-------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	263.835	250.835	-13.000	-4,93
---------------------------------------	---------	---------	---------	-------

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2009

(vorläufiges Ergebnis)

	November 2009 (endgültig)	Dezember 2009 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	108,0	108,2
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,4	119,7
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,7	125,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	164,4	164,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	255,5	256,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	448,4	449,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	571,3	572,4
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	573,2	574,2

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2009 beträgt 108,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2009 um 0,2% gestiegen (November 2009 gegenüber Oktober 2009: + 0,2%). Gegenüber Dezember 2008 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (Oktober 2009/2008: 0,7%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck